

# Mehr Zeit für Palästinenser

Israel hat den Bemühungen zur Beendigung der Gewalt in den Palästinensergebieten mehr Zeit eingeräumt

JERUSALEM: Israel hat den Bemühungen zur Beendigung der Gewalt in den Palästinensergebieten mehr Zeit eingeräumt. Nach Ablauf eines Ultimatums forderte Regierungschef Barak die Palästinenser auf, in wenigen Tagen für ein Ende der Gewalt zu sorgen.

Israel hatte ursprünglich mit einem Abbruch der Friedensgespräche gedroht, sollten die Unruhen nicht bis Montagabend unterbunden sein. Nach einer Kabinettsitzung sagte Premier Ehud Barak dann in der Nacht auf Dienstag im Armeeradio, das Ultimatum an die Palästinenser sei verlängert worden. Damit solle den internationalen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts mehr Zeit eingeräumt werden. Zuvor hatte es geheissen, nach Ablauf des Ultimatums betrachte Israel den Friedensprozess als gescheitert und werde auf die Gewalt der Palästinenser mit allen Mitteln reagieren.

## Bereit zu Gipfel

Barak sagte, nach den monatelangen Bemühungen könne es nun nicht auf 72 oder 96 Stunden ankommen. Er erklärte



In Israel kam es gestern erneut zu gewalttätigen Zusammenstössen. Zum wiederholten Male waren Kinder unter den Opfern, wie dieser 12-jährige Knabe, der gestern erschossen wurde. (Bild: Keystone)

sich grundsätzlich zu einem Nahost-Gipfeltreffen bereit, um das sich US-Präsident Bill Clinton bemüht. Als Ort eines Nahost-Gipfels war das ägyptische Scharm el Scheich im Gespräch gewesen. Ägyptens Aussenminister Amr Mussa wies jedoch

am Dienstag nach Gesprächen mit dem syrischen Präsidenten Baschar el Assad in Damaskus diese Überlegungen zurück. Das nächste wichtige Treffen in Ägypten werde ein arabischer Gipfel am 21. Oktober in Kairo sein, sagte Mussa. Palästinenserpräsident Jassir Arafat kam

am Dienstag mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan und dem russischen Aussenminister Igor Iwanow im Gaza-Streifen zusammen. Arafat sagte, Barak gebe eine Warnung nach der anderen heraus. Arafat warf

den israelischen Sicherheitskräften vor, weiter gewaltsam gegen die Palästinenser vorzugehen und dabei Raketen und Kampfhelikopter einzusetzen. Annan sagte nach dem Gespräch mit Arafat, die Situation könne unter Kontrolle gebracht werden. Man sei entschlossen, alles Mögliche zur Beilegung der Gewalt und einer Rückkehr zu Verhandlungen zu unternehmen.

## Weitere Zusammenstösse

Nach Berichten von Augenzeugen kam es in der Stadt Rafah im Gaza-Streifen zu neuen Zusammenstössen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften. Dabei hätten israelische Soldaten einen zwölfjährigen Palästinenser in den Kopf geschossen und getötet. Seit Beginn der Unruhen vor zwei Wochen sind mindestens 90 Menschen, vor allem Palästinenser, getötet worden. Der israelische Polizeikommandant Jehuda Wilk teilte mit, dass im Zusammenhang mit den Gewalttätigkeiten seit Ende September etwa 600 Verdächtige festgenommen wurden. Dabei handle es sich um 200 Juden und 400 Araber. Bei den Auseinandersetzungen seien 200 Polizisten verletzt und zwei getötet worden.

## NACHRICHTEN

### Aussenminister von Iran im Irak

TEHERAN: Erstmals seit zehn Jahren reist am Donnerstag ein iranischer Aussenminister in die irakische Hauptstadt Bagdad. Irans Aussenminister Kamal Charasi trete den zweitägigen Besuch auf Einladung seines iranischen Kollegen Mohammed Said el Sahhaf an, teilte das Aussenministerium am Dienstag mit.

### Temelin: AKW in Betrieb genommen

PRAG: Nach der Inbetriebnahme des umstrittenen tschechischen Atomkraftwerks Temelin haben Politiker in Deutschland und Österreich der Regierung in Prag am Dienstag «unverantwortliches Handeln» vorgeworfen. In dem südböhmischen Atommeiler liefen letzte Vorbereitungen zum Auslösen der nuklearen Kettenreaktion. Die Kernspaltung im ersten Reaktorblock werde vermutlich am Mittwochmorgen erfolgen, berichtete das Radio. Österreichische Umweltschützer setzten ihren Protest am Dienstag fort.

### Proteste gegen ETA in Spanien



MADRID: Einen Tag nach der Ermordung des spanischen Oberstaatsanwalts Luis Posada Carriles durch mutmassliche Mitglieder der baskischen Separatistenorganisation ETA haben am Dienstag in Spanien erneut Tausende Menschen gegen den Terror demonstriert. In allen Teilen Spaniens kamen Menschen vor den Rathäusern zu Schweigekundgebungen zusammen. Im Madrider Parlament, in den Regionalverwaltungen, Universitäten und Gerichten im ganzen Land legten die Beamten und Angestellten aus Protest gegen den ETA-Terror für fünf Minuten die Arbeit nieder.

### Rebellen stellen sich dem Militär

JOLO: Mehr als drei Wochen nach Beginn der Militäroffensive gegen die moslemischen Geiselnahmer auf der philippinischen Insel Jolo haben sich am Dienstag erneut mehrere der Entführer ergeben. 15 Abu-Sayyaf-Rebellen hätten sich in der Nähe der Stadt Tali-pao mit ihren Waffen bedingungslos den Behörden gestellt, sagte ein Oberst der philippinischen Armee. Die Rebellen gehören demnach zu einer Gruppe, die den US-Bürger Jeffrey Schilling, einen Philippiner und drei Malysier weiterhin in ihrer Gewalt halten.

# Kostunica stösst bei Regierungsbildung auf Hindernisse

Jugoslawien: Verhandlungen über Regierungsbildung in Serbien abgebrochen

BELGRAD: Der neue demokratisch gewählte Präsident Jugoslawiens, Vojislav Kostunica, ist bei seinen Bemühungen um eine Konsolidierung seiner Macht am Dienstag auf Hindernisse gestossen.

Die am Montag begonnenen Verhandlungen der serbischen Opposition mit den Regierungsparteien zur Bildung einer Übergangsregierung für Serbien wurden am Nachmittag abgebrochen. Die Sozialistische Partei (SPS) verlangte für die Fortsetzung der Gespräche ein Ende der «Unruhe, Gewalt und Gesetzlosigkeit». Der französische Aussenminister Hubert Védrine unterstützte Kostunica bei einem Antrittsbesuch in Belgrad im Namen der Europäischen Union mit seiner Zusage, dass die EU Jugoslawien bei der Demokratisierung und dem Aufbau voll unterstützen werde. Einen Tag nach der Aufhebung der wichtigsten EU-Sank-

tionen und der Aussicht auf eine Milliarden-Unterstützung des Balkan-Stabilitätspaktes sagte Védrine am Dienstag in Belgrad: «Das, was gestern beschlossen wurde, bedeutet eine Annäherung zwischen Jugoslawien und der EU.» Unterstützung für eine Stabilisierung Jugoslawiens sei die erste Priorität. Kostunica erklärte, die Demokratisierung Serbiens bedeute die Rückkehr nach Europa. Am Dienstag beschloss auch die Schweiz, die Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien ab sofort aufzuheben. Der russische Aussenminister Igor Iwanow kritisierte die Haltung des Westens, bestimmte gegen Milosevic gerichtete Sanktionen bestehen zu lassen. Zudem sprach er sich gegen westliche Forderungen nach einer Auslieferung von Milosevic an das Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag aus. Kostunica und das Parlament in Belgrad müssten allein über das Schick-

sal von Milosevic entscheiden, sagte Iwanow nach Angaben der Agentur Interfax.

## Ende der Unruhe verlangt

Die Sozialistische Partei (SPS) beschuldigte am Dienstag die Demokratische Opposition Serbiens (DOS), für die «Unruhe, Gewalt und Gesetzlosigkeit» verantwortlich zu sein und brach die Verhandlungen zur Bildung einer Übergangsregierung ab. Dragoljub Micunovic, einer der DOS-Führer, bezeichnete dies als eine «SPS-Provokation». Serbien benötige eine Regierung, da die bestehende nicht funktionsfähig sei. «Ein Land kann nicht ohne Regierung sein, und wir haben alle Parteien zur Beteiligung an der Übergangsregierung eingeladen», sagte er. Auch die noch immer mitregierende Radikale Partei beschuldigte DOS, das «grösste Chaos» in Serbiens moderner Geschichte angestiftet zu haben, und zog sich aus den Verhandlungen vollständig

zurück. Ziel der DOS ist, eine Übergangsregierung zu bilden, die bis zu den vorgezogenen Wahlen zum serbischen Parlament am 17. Dezember amtiert. Einer der Führer der DOS, Velimir Ilic, warnte vor möglichen Provokationen der noch immer regierenden Sozialisten und Radikalen.

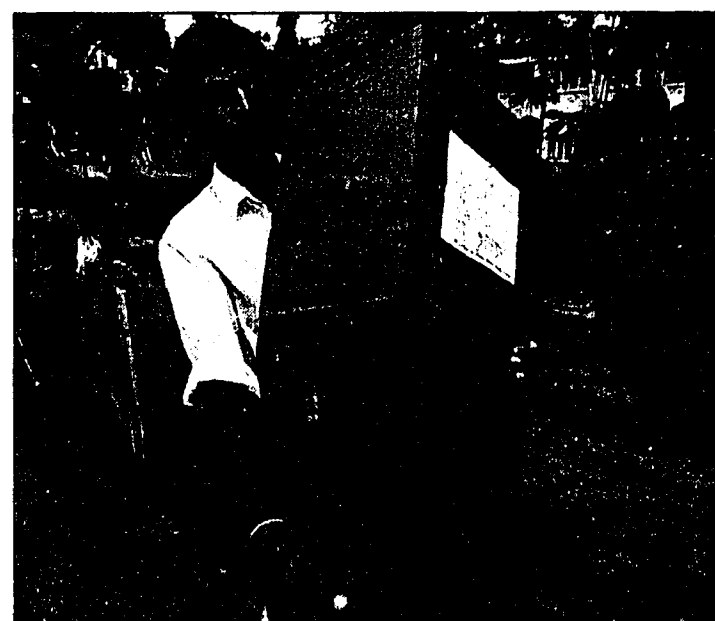
## NATO bleibt in Kosovo und Bosnien

Auf der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister in Birmingham erklärte am Dienstag NATO-Generalsekretär Lord Robertson, die KFOR und SFOR, die NATO-geführten Truppen in Kosovo und Bosnien, würden auch weiterhin die Grundlage von Sicherheit und Stabilität bilden. Über eine mögliche Verringerung der Truppenstärke werde dann entschieden, wenn eine neue Politik in Jugoslawien erkennbar sei. Die Allianz ist in den beiden Regionen des einstigen Jugoslawiens

mit insgesamt 60 000 Mann vertreten.

## Schweiz hebt Sanktionen auf

BERN: Die Schweiz wird die Wirtschaftssanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sofort aufheben. Die Massnahmen gegen Slobodan Milosevic und sein Umfeld bleiben dagegen bestehen. Dies teilte Bundesrat Pascal Couchepin am Dienstag mit. Damit folgt die Schweiz weitgehend der EU. Aufgehoben wird das Verbot für Exportkredite und Privatinvestitionen in Serbien sowie die Meldepflicht für die Lieferung von Erdölprodukten. Bestehen bleiben die Einreise- und Kontosperrungen für Milosevic und dessen Entourage sowie das Exportverbot für Kriegsmaterial.



Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen hat Sri Lanka am Dienstag ein neues Parlament gewählt. (Bild: Keystone)

# Wahlen von Gewalt überschattet

Parlamentswahl in Sri Lanka: Zahlreiche Fälle von Wahlbetrug

COLOMBO: Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und überschattet vom Tod der langjährigen Premierministerin Sirima Bandaranaike hat Sri Lanka am Dienstag ein neues Parlament gewählt. Beobachter meldeten zahlreiche Fälle von Wahlbetrug und Gewalt.

Nach Angaben der Wahlbehörden wurden landesweit mehr als 300 Fälle von Gewaltakten und Wahlfälschung gemeldet. So hätten Anhänger der regierenden Volksallianz Polizisten in einem Wahllokal die Waffen

abgenommen und zwei Wahlurnen mit Stimmzetteln geraubt. Andersorts wurden zehn Männer festgenommen, als sie mit falschen Papieren wählen gehen wollten. Das unabhängige Zentrum für die Beobachtung von Wahl-Gewalt forderte Neuwahlen in elf Wahlkreisen, wo es zu schweren Unregelmässigkeiten gekommen sei. Bereits der Wahlkampf war von Gewalt überschattet. Dabei wurden Dutzende von Menschen getötet, darunter auch Kandidaten. Am Wahltag kamen bei Zusammenstössen politisch verfeindeter Gruppen

mehrere Menschen ums Leben, mehr als 100 wurden verletzt. Polizei und Armee waren angewiesen, alles zu unternehmen, um mögliche Selbstmord-Attentate tamilischer Rebellen zu verhindern, die für einen unabhängigen Staat im Norden des Landes kämpfen.

Betroffenheit löste der Tod von Ex-Premierministerin Sirima Bandaranaike aus. Die 84-Jährige erlag nach Angaben ihres Sohnes am Morgen einem Herzanfall, wenige Minuten, nachdem sie bei der Parlamentswahl ihre Stimme abgegeben hatte.